- Liste 1

Auflistung der erledigten oder zurückgezogenen Anträge.

Hinweis: Über die Liste 1 könnte ein globaler Beschluss gefasst werden.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
010401 Personal- und Schwerbehindertenvertretung 0104011000 Beschäftigtenvertretung 541200 Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umsc Ansatz 2009: 8.000,00 Amt: 10 Ansatz 2010: 2.000,00 Ansatz 2011: 2.000,00 Ansatz 2012: 2.000,00 Antrag Nr. 35										0 8.000						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	erl.	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Bei der Personal- und Schwerbehindertenvertretung will der Bürgermeister die Mittel für Aus- und Fortbildung sowie für Umschulung in 2009 verdoppeln: auf 8.000 €. In den Jahren ab 2010 sollen sie auf 2.000 € gesenkt und eingefroren werden. Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Kürzung der Planansätze für Aus- und Fortbildung sowie für Umschulung zu begründen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Der Ansatz für Aus- und Fortbildung im Produkt 010401 "Personal- und Schwerbehindertenvertretung" ist für 2009 mit 8.000 € geplant. Der Grund für die Erhöhung liegt darin, dass in 2008 Personalratswahlen waren und dadurch einige neue Mitglieder in den Personalrat gewählt wurden, von denen in 2009 noch 2 Personen die Grundschulung zum Landespersonalvertretungsgesetz und insgesamt 6 Mitglieder das speziellere Seminar zu den konkreten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten besuchen sollen. Die Veranschlagung und gleichbleibende Fortschreibung ab 2010 mit 2.000 € ergibt sich aus der gängigen Praxis, für die Folgejahre zunächst die Ansätze der letzten Jahre zu berücksichtigen, soweit keine speziellen Erkenntnisse vorliegen. Ein beabsichtigtes "Einfrieren", wie von der BA formuliert, ist damit nicht verbunden.

Der Antrag der BA-Fraktion wurde im Personalausschusses als "erledigt" betrachtet.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
010804 Personalservice 0108049010 Vorkostentr.Personalservice 5 Aufwendungen Ansatz 2009: Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 03						0 0 erl.										

Amt: 10

Änderung Folgejahre

Antrag der dUH-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig zu den Stellenplanberatungen ausführlich mitzuteilen, wie hoch der Anteil der Beschäftigten mit Schwerbehinderungen bei der Stadtverwaltung für das laufende Jahr ist und welche Ausgleichsabgaben ggf. erforderlich werden. Für den Fall, dass Neueinstellungen erfolgten, ist ausführlich zu berichten, warum die Arbeitsstelle nicht mit einem Schwerbehinderten besetzt wurde. Weitere Ausführungen sind dem Antrag Nr. 3 zu entnehmen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Die Pflichtquote nach § 71 SGB IX beträgt nicht 6 %, sondern 5 %. Eine 6%-Quote gilt lediglich für den Bund als Arbeitgeber. Im Jahr 2008 betrug die Quote der schwerbehinderten Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung 4,33 %. Die Ausgleichsabgabe für die fehlenden sog. Pflichtarbeitsplätze betrug daher 5.250,00 €. Bei der Besetzung freier Stellen durch externe Bewerber/innen ist die Verwaltung als öffentliche Arbeitgeberin gemäß § 82 SGB IX verpflichtet, schwerbehinderte Bewerber/innen zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen, es sei denn, die fachliche Eignung für die ausgeschriebene Stelle fehlte offensichtlich. Insofern ist sichergestellt, dass in jedem Fall die Bewerbungen von Schwerbehinderten besonders berücksichtigt werden. Unabhängig von dieser besonderen Verpflichtung der Verwaltung ist jedoch festzuhalten, dass nahezu keine Bewerbungen von Schwerbehinderten eingehen, obwohl alle freien Stellen der Arbeitsagentur gemeldet werden und diese durch speziell hierfür zuständige Mitarbeiter/innen alle gemeldeten freien Stellen auf ihre Tauglichkeit für schwerbehinderte Interessentinnen und Interessenten überprüft. Bei möglicher Eignung werden die Schwerbehinderten durch die Agentur informiert bzw. zur Bewerbung aufgefordert.

Der Antrag der dUH-Fraktion wurde im Personalausschusses als "erledigt" betrachtet.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
010804 Personalservice 0108049010 Vorkostentr.Personalservice Ansatz 2009: Amt: 10 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 39										0 0						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	erl.	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Bei den Kennzahlen „Personalaufwand je Personalfall“ gibt es – im Gegensatz zu den Vorjahren – für 2009 keine Angaben.
 Wir bitten um Erläuterung bzw. die Stadtverwaltung wird gebeten, die Kennzahl "Personalaufwand je Personalfall" zu ermitteln.

Der Antrag der BA-Fraktion wurde - nach Mitteilung der Kennzahlen - im Personalausschuss als "erledigt" betrachtet.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Seite 4

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
011201 Grundstücksmanagement - unbebaute Grun 0112019010 Vorkostentr. Grundstücksmanagement - unbeb Ansatz 2009: Amt: 23 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 40										0 0 erl.						
Änderung Folgejahre																

Antrag der BA-Fraktion:

Beim Produkt „Grundstücksmanagement – unbebaute Grundstücke“ werden folgende Verkaufserlöse erwartet: 2009: rd. 1,17 Mio. €, 2010 rd. 0,463 Mio. €, 2011: „0“ und 2012: 0,320 Mio. €. Die Stadtverwaltung wird gebeten, den Ansatz 2009 und die Planansätze 2010 sowie 2012 der Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken/Gebäuden detaillierter aufzuschlüsseln.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Im Bereich des Teilfinanzplanes sind Verkaufserlöse für Grundstücksverkäufe Am Rathaus 40 und Am Rathaus 21, Friedhofserweiterungsfläche, Verkauf eines Grundstückes im Hildener Norden und Verkaufserlöse AWO Heiligenstraße eingeplant. Weil Grundstücksangelegenheiten immer nichtöffentlich beraten werden, können keine Ausführungen über die betragsmäßige Zuordnung der einzelnen Beträge vorgenommen werden. Im Ergebnishaushalt (Seite 210 des Haushaltsplanentwurfes) sind dann in den Jahren 2009 bis 2012 die Unterschiedsbeträge ausgewiesen, die sich aufgrund der bilanziellen Werte und der voraussichtlichen Verkaufserlöse als Unterschiedsbetrag ergeben.

Der Antrag der BA-Fraktion wurde im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss erledigt.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
011301 Gebäudeunterhaltung 0113019010 Vorkostentr. Gebäudeunterhaltung Ansatz 2009: Amt: 26 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 41										0 0						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	erl.	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Bei der Gebäudeunterhaltung fehlt immer noch die Kennzahl zur Bruttogrundfläche in Quadratmetern, die zum Leistungsumfang gehört. Die BA bittet um Erläuterung bzw. die Stadtverwaltung wird gebeten, die Kennzahl "Bruttogrundfläche in Quadratmetern" zu ermitteln.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die Kennzahl "Bruttogrundfläche Gebäudeunterhaltung in qm" wurde versehentlich nicht übermittelt. Der Wert beträgt 157.765 m².

Der Antrag der BA-Fraktion wurde im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss erledigt.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Seite 6

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
011301 Gebäudeunterhaltung 0113019010 Vorkostentr. Gebäudeunterhaltung Ansatz 2009: Amt: 26 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 42										0 0						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	erl.	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Die Mittel für die Gebäudeunterhaltung sollen drastisch gekürzt werden: von rd. 2,54 Mio. € in 2009 auf nur noch 0,557 Mio. € in 2012.

Wir bitten um eine Begründung für diese „SpringprozeSSION“. Die Stadtverwaltung wird gebeten zu erläutern, auf welcher Grundlage zu den Ansatz und die Planzahlen bei den Mittel für Gebäudeunterhaltung ermittelt hat.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Eine "drastische" Kürzung der Hausmittel für die Gebäudeunterhaltung in den Jahren 2010-2012 findet nicht statt. In diesen Jahren sind im Haushaltsplanentwurf lediglich die Beträge des sog. allgemeinen Wartungs- und Reparaturkostenbudgets angegeben. Im Gegensatz zum Haushaltsjahr 2009 fehlen dort jedoch die Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen mit jeweiligen Kosten von über 5.000 €. Es macht aus Sicht der Verwaltung wenig Sinn, bereits heute Kosten für Maßnahmen konkret zu kalkulieren, die teilweise erst in einigen Jahren zur Realisierung anstehen. Der technische Fortschritt und Änderungen im allgemeinen Marktumfeld würden solche Kalkulationen schnell hinfällig werden lassen. Durch jährliche Neukalkulationen dieser Maßnahmen würden nur personelle Kapazitäten gebunden, die aus Wirtschaftlichkeitsaspekten jedoch nicht zur Verfügung stehen. Die Kalkulation dieser Unterhaltungsmaßnahmen findet daher im Vorfeld des jeweiligen Haushaltsjahres statt, in dem die Maßnahmen tatsächlich durchgeführt werden sollen.

Der Antrag der BA-Fraktion wurde im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss erledigt.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
030210 Bildungs- und Betreuungsangebote 0302100060 Ganztagsangebote Sek. I Ansatz 2009: Amt: 51 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 19				0 0												
	Dafür:		Dafür: erledigt		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der SPD-Fraktion:

Zum Produkt 030210 "Bildungs- und Betreuungsangebote" werden die folgenden Kennzahlen beantragt:

- a) Erträge je Gruppe "Ganztagsangebote Sek. I"
- b) Zuschussbedarf je Gruppe "Ganztagsangebote Sek. I"
- c) Aufwand je Gruppe "Ganztagsangebote Sek. I"

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion:

Die Kennzahlen werden eingefügt.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
040701 Museumsarbeit 0407019010 Vorkostentr. Museumsarbeit Ansatz 2009: Amt: 41 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 49										0 0						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	zurück-	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	ge-	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	zogen	Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Nur beim Museum fehlt die Kennzahl für „Aufwand pro Kundenkontakt“. – Wir bitten um Erläuterung bzw. die Stadtverwaltung wird gebeten, auch beim Museum die Kennzahl "Aufwand pro Kundenkontakt" zu ermitteln.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

In den Produktteil Schlüsselleistungen Kennzahlen des Produktes Museumsarbeit wird ab dem Haushalt 2009 noch die Zeile "Aufwand pro Kundenkontakt" eingepflegt. Diese Zeile wird ab 2009 auch in das Produkt Stadtarchiv eingepflegt werden.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
040801 Stadtarchiv Hilden 0408019010 Vorkostentr. Stadtarchiv Hilden 44XXXX Ansatz 2009: 1.100,00 Amt: 41 Ansatz 2010: 1.100,00 Ansatz 2011: 1.100,00 Ansatz 2012: 1.100,00 Antrag Nr. 09						0 1.100										
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

Antrag der dUH-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Sitzungsvorlage darzustellen, welche Gründe für den stark rückläufigen Verkauf der Niederbergischen Beiträge und der Hildener Jahrbücher vorliegen könnten. Lösungsansätze sind aufzuzeigen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Der Erlös aus dem Verkauf von Publikationen im Stadtarchiv ist abhängig von Neuerscheinungen und damit immer schwankend. Sonst unverkäufliche Altbestände werden zu stark herabgesetzten Preisen veräußert. Der Verkauf der Hildener Jahrbücher ist stark rückläufig, weil das letzte Jahrbuch 2005 erschienen ist. Der Begriff "Jahrbuch" ist irreführend. Bereits in früheren Jahrzehnten erschien das Jahrbuch in mehrjährigem Rhythmus, zuletzt alle vier Jahre. Interessenten kaufen das Jahrbuch in der Regel kurz nach dem Erscheinen. Die letzten Bände der Niederbergischen Beiträge erschienen 2006 und 2007. Mit dem Band 68 (Die Beschlüsse des Hildener Gemeinderates 1877 - 1895) macht das Stadtarchiv eine wichtige Quelle für die lokalhistorische Forschung in ausführlich kommentierter Form zugänglich. Naturgemäß ist der Kreis der Käufer auf die an Heimatforschung Interessierten begrenzt. Der von Dr. Ernst Huckenbeck 2007 herausgegebene Band 69 der NbB (Zur Sozialgeschichte Hildens in der Mitte des 19. Jahrhunderts) spricht ebenfalls einen überschaubaren Personenkreis an. Gestiegene Einnahmen werden erst mit neuen Publikationen zu erzielen sein. Wegen der Vorbereitungen des Fabry-Jahres stagnieren die Arbeiten am nächsten Hildener Jahrbuch derzeit. Herr Huckenbeck forscht weiter im Archiv. Jedoch hat auch er für das 25-jährige Jubiläum des Museums- und Heimatvereins und für das Fabry-Jahr andere Projekte vorgezogen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
060101 Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 0601010030 Förderung von Kindern in städt. Tageseinrichtu 5 Aufwendungen Ansatz 2009: 0,00 Amt: 51 Ansatz 2010: 0,00 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Antrag Nr. 95							0 0	erl.								
Änderung Folgejahre																

Antrag der FDP-Fraktion:

Um die Angebotsstruktur der Kindertageseinrichtungen weiter zu flexibilisieren und zu verbessern, beauftragt die FDP-Fraktion die Verwaltung zu untersuchen, die Kinderzahl in den Gruppen zu reduzieren. Welche finanziellen Belastungen treten auf, wenn eine Gruppenstärke von unter 20 Kindern bei den 3- bis 5-Jährigen angestrebt wird?

Es muss den Einrichtungen die Möglichkeit eröffnet werden, Kinder aus bildungsschwachen bzw. bildungsfernen Familien stärker zu fördern. Reduzierte Gruppenstärken verursachen einen anderen Personalschlüssel. Die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr lehnt die FDP-Fraktion ab.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion:

Laut Berechnungen des Amtes für Jugend, Schule und Sport ist mit Mehraufwendungen von ca. 1.774.000,- € zu rechnen. Weitere Erläuterungen siehe Anlage.

Der Antrag der FDP-Fraktion wurde nach Vorlage der Zahlen im Jugendhilfeausschusses als "erledigt" betrachtet.

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
060201 Förderung von Kindern und Jugendlichen 0602019010 Vorkostentr. Förderung von Kindern und Jugen Ansatz 2009: Amt: 51 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 53										0 0 erl.						
Änderung Folgejahre																

Antrag der BA-Fraktion:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, den von ihr beim Leistungsumfang prognostizierten Rückgang der Besucherzahl von städtischen Jugendzentren von 20.679 in 2007 auf geschätzte 18.000 in 2009 zu erläutern.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Seit Einführung des NKF werden für einzelne Kostenträger Kennzahlen erhoben. Die Besucherzahlen des Kostenträgers für den Betrieb von Jugendzentren wurden seit Einführung auf 18.000 Besucherinnen und Besucher gesetzt. Das bestätigten die Jahre 2005 und 2006, wo die tatsächliche Besucherzahl mit der prognostizierten Zahl recht genau übereinstimmte. In 2007 erreichten die Jugendzentren höhere Besucherzahlen, da sich durch neue Angebotsstrukturen neue Zielgruppen erschließen ließen. In 2008 setzt sich die Tendenz fort (28.900 Besucherinnen und Besucher), da mit der Einführung des Ganztags und der damit verbundenen Zusammenarbeit zwischen dem Area 51 und der Theodor-Heuss-Schule mehr Besucherinnen und Besucher in der Einrichtung sind. Bereinigt ohne Ganztags liegt die Zahl der Besucherinnen und Besucher stabil bei ca. 19.900. Es muss zugleich berücksichtigt werden, dass ständig wechselnde Faktoren wie z.B. die dynamischen Veränderungen der verschiedenen Jugendszenen Abweichungen der Besucherzahlen zur Folge haben können. Der Fachabteilung scheint daher der prognostizierte Wert auch für 2009, nach der Bereinigung des Ganztags, weiter sinnvoll zu sein. Da alle Angebote der Jugendeinrichtungen freiwillig und niederschwellig sind, kann die prognostizierte Besucherzahl daher immer nur ein Schätzwert sein.

Der Antrag der BA-Fraktion wurde im Jugendhilfeausschusses als "erledigt" betrachtet.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
080102 Bau und Betrieb von Sportanlagen 0801029010 Vorkostentr. Bau und Betrieb von Sportaußena Ansatz 2009: Amt: 66 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 54										0 0						
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: erledigt Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Beim Produkt „Bau und Betrieb von Sportaußenanlagen“ unterliegen die Ausgaben für Park-, Sport- und Spielanlagen“ auch einer Springprozeption: 42.636 € (2007), 232.070 € (2008), 22.000 € (2009), 52.000 e (2010), und jeweils 22.000 € in 2011 und 2012. Die Stadtverwaltung wird gebeten, die starke Kürzung des Ansatzes in 2009 und die Planansätze ab 2010ff zu begründen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

In dem kumulierten Ansatz sind neben den "normalen" allgemeinem Sportflächen Unterhaltungsmitteln auch die Aufwandsanteile von den im Sportbereich getätigten Investitionen enthalten. Durch die Sanierung des Sportplatzes Kalstert und des Kleinspielfeldes Kalstert war dieser Anteil in 2008 entsprechend hoch ausgefallen. Für 2009+2010 war die Sanierung des Naturrasens auf der BSA, sowie einige kleinere Maßnahmen (Wegeverbreiterung Sportplatz Hoffeldstraße, Einbau zusätzliches Barrieretor SV Nord etc.) geplant, die aufgrund der Kürzungen zeitlich verschoben werden.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
100101 Bauaufsicht 1001019010 Vorkostentr. Baugenehmigungsverfahren, Bauü Ansatz 2009: Amt: 60 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 57										0 0						
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: zurück- ge- zogen		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Die Zahl der Baugenehmigungsverfahren ist zurückgegangen: von 408 in 2007 auf 354 in 2009. Aber zugleich ist der Aufwand pro Baugenehmigungsverfahren gestiegen: von 650,07 € in 2007, auf 752,62 € in 2008 auf geschätzte 826,65 € in 2009. Die Vollzeitstellen sind zwischen 2007 und 2009 um 0,40 aber reduziert worden. Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Kennzahl "Aufwand pro Baugenehmigungsverfahren" zu erläutern.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die Kennzahl "Aufwand pro Baugenehmigungsverfahren" wird von folgenden Parametern bestimmt ist:

Der geschätzten Anzahl von Baugenehmigungs- und Freistellungsverfahren und den daraus resultierenden Erträgen werden die Aufwendungen aus Personalkosten, Rückstellungen und internen Leistungsverrechnungen gegenübergestellt.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
100301 Denkmalschutz und -pflege 1003019010 Vorkostentr. Denkmalschutz und -pflege Ansatz 2009: Amt: 60 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 58										0 0						
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	zurück-	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	ge-	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	zogen	Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Antrag der BA-Fraktion:

Obwohl beim Produkt „Denkmalschutz und -pflege“ die Anzahl der Verfahren von 48 in 2007 auf 34 in 2009 zurückgehen wird, wird sich der Aufwand je Erlaubnis/ Stellungnahme von 2007 auf 2009 fast verdoppeln: von 774,12 € auf 1.518,19 €. Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Kennzahl zum Aufwand je Erlaubnis/Stellungnahme zu erläutern.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die Plandaten "Aufwand pro Erlaubnis/Stellungnahme" werden durch die geschätzte Zahl der Verfahren und den hieraus resultierenden Erträgen in Relation zu den Aufwendungen aus Personalkosten und internen Leistungsverrechnungen beeinflusst.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
110302 Stadtentwässerung 1103029010 Vorkostentr. Stadtentwässerung 5 Aufwendungen Ansatz 2009: 532.000,00 Amt: 66 Ansatz 2010: 507.000,00 Ansatz 2011: 507.000,00 Ansatz 2012: 507.000,00 Antrag Nr. 61										0 532.000						
Änderung Folgejahre																

Antrag der BA-Fraktion: Beim Produkt „Stadtentwässerung“ werden die Aufwendungen zur Unterhaltung der Kanäle um 30.000 € gekürzt und bis 2012 auf 207.000 € eingefroren. Die Aufwendungen zur Unterhaltung des Infrastrukturvermögens werden auf 100.000 € eingefroren. Für die Kanalreinigung werden seit 2008 bis 2012 nur jeweils rd. 133.000 € bereitgestellt. Ist bei diesen Beträgen überhaupt der Vermögensverzehr durch Abnutzung aufzuhalten bzw. auszugleichen? Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Notwendigkeit der Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und die Deckelung der reduzierten Planansätze ab 2010 bis 2012 zu begründen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion: In der Begründung zum Änderungsantrag sind insbesondere und ausschließlich die Kostenarten 521153 - Unterhaltung der Kanäle, 521150 - Aufwendungen für den Unterhalt des Infrastrukturvermögens und 521152 - Kanalreinigung genannt. Bei allen Kostenarten handelt es sich um eine Pflichtaufgabe der Stadt, die in § 53 des Landeswassergesetzes und den anhängigen Ausführungsbestimmungen festgeschrieben sind. Kostenarten 521153 - Unterhaltung der Kanäle: Unter dieser Kostenart werden im wesentlichen Reparaturmaßnahmen in oberirdischen Bauverfahren abwickelt, die sich aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht (Schachtdeckelregulierungen und Schachtreparaturen) ergeben. Auch Maßnahmen, wie die regelmäßige Kanal-TV-Untersuchung (Pflichtaufgabe einer jeden Stadtentwässerung) und die Fortschreibung des Kanalkatasters zur Vermögensbewertung verbergen sich hinter dieser Kostenart. Insgesamt sind 2009 207.000,- € angemeldet, gegenüber 237.000,- € in 2008. Die Differenz in Höhe von 30.000,- € ist wie folgt begründet: Für den Teilbereich Kanal-TV wurden aktuelle günstige Ausschreibungsergebnisse berücksichtigt, die 15.000,- € ausmachen ohne den erforderlichen Untersuchungsumfang zu reduzieren. Im Ansatz 2008 waren Kosten für die Abwasserabgabe Regenwasser von 10.000,- € enthalten, die 2009 wegfallen. Der in 2008 enthaltene Betrag von 5000,- € für Rattenbekämpfung wurde 2009 bei der Kostenart 523200 etatisiert. Auch mit dem reduzierten Betrag ist eine ordnungsgemäße Kanalunterhaltung hinsichtlich einer Vermögenserhaltung möglich. Eine tatsächliche Vermögenserhaltung wird in erster Linie allerdings durch größere Kanalsanierungsmaßnahmen im investiven Bereich erreicht. Sollte sich im Laufe des Jahres herausstellen, dass verschiedene Ansätze angepasst werden müssen, so wird das im Jahr der Anmeldung für die nächsten Jahre geschehen. Kostenart 521150 - Aufwendungen für den Unterhalt des Infrastrukturvermögen: Unter dieser Kostenart werden im wesentlichen Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen in unterirdischen Bauverfahren abwickelt, die den pflichtgemäßen Betrieb des Abwassernetzes gewährleisten sollen. Hier sind für 2009 ff jeweils 100.000,- € angemeldet. Dies sollte allerdings nicht als Deckelung verstanden werden. Bei Bedarf muss der Ansatz bei den nächsten Anmeldungen angepasst werden. Kostenart - 521152 - Kanalreinigung: Unter dieser Kostenart werden die in der Selbstüberwachungsverordnung-Kanal vorgeschriebenen regelmäßigen Kanalreinigungen des Kanalnetzes abgewickelt. Hier sind für 2009 ff jeweils 133.000,- € angemeldet. Dies sollte nicht als Deckelung verstanden werden. Bei Bedarf muss der Ansatz bei den nächsten Anmeldungen angepasst werden.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
110302 Stadtentwässerung 1103029010 Vorkostentr. Stadtentwässerung Ansatz 2009: Amt: 66 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 62										0 0						
Änderung Folgejahre Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür:																

Antrag der BA-Fraktion:

Die Produktinformation wird unter "Künftige Entwicklung" wie folgt erweitert: "Verbleib der Abwasserbeseitigung und das Abwassernetzes zu 100% in städtischer Trägerschaft mindestens bis zum 31.12.2014."

Der Ratsbeschluss vom 13.12.2006, den Bürgermeister zu beauftragten, zur Durchführung der Stadtentwässerung in anderer Trägerschaft mit Anbietern zu verhandeln, sollte aufgehoben werden. Alle damit verbundenen und daran anknüpfenden Aktivitäten der Stadt oder städtischer Gesellschaften sollten bereits jetzt unverzüglich eingestellt werden.

Dieser Antrag wird nicht über diese Änderungsliste behandelt, sondern es wird auf die SV 20/159 verwiesen, die ebenfalls am 11.3.2009 zur Beratung und Entscheidung ansteht.

120101 Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521151 Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brück Ansatz 2009: 1.146.500,00 Amt: 66 Ansatz 2010: 1.467.000,00 Ansatz 2011: 1.209.500,00 Ansatz 2012: 1.045.000,00 Antrag Nr. 99							200.000 1.346.500									
Änderung Folgejahre 2010: -200.000,00 € Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: zurück- Dafür: Dafür: Dafür: Dafür:																

Antrag der FDP-Fraktion:

Es wird beantragt, für das Jahr 2009 einen Ansatz in Höhe von 200.000,00 € für die Baseball-Anlage der Hilden-Wains in den Haushalt einzustellen, um zu gewährleisten, dass nach Satzungsbeschluss umgehend mit dem Bau der Anlage begonnen werden kann.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
130101 Grünflächen, Spielplätze und Fließgewässer 1301019010 Vorkostentr. Grünflächen, Spielplätze und Fließ 5 Aufwendungen Ansatz 2009: 202.200,00 Amt: 66 Ansatz 2010: 525.000,00 Ansatz 2011: 43.700,00 Ansatz 2012: 43.700,00 Antrag Nr. 70										0 202.200						
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		erl.		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre 2011- 2012: +41.500,00 €

Antrag der BA-Fraktion:

Beim Produkt „Grünflächen, Spielplätze und Fließgewässer“ fehlt bei den Ausgaben für die Unterhaltung der Park-, Sport- und Spielanlagen die Kontinuität: rd. 135.000 € in 2007, 193.000 € in 2008, 106.000 € in 2009, 525.000 € in 2010, 43.700 in 2011 und 2012. – Die BA beantragt, die Aufwendungen in 2011 und 2012 auf jeweils 100.000 € anzuheben, um so zu verhindern, dass Maßnahmen zur Substanzerhaltung unterbleiben.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Wie bei dem Produkt 0801202 (Bau und Betrieb von Sportausenanlagen siehe auch Erläuterungen zu Nr. 54)) handelt es sich bei dem Ansatz um einem kumulierten Wert, der neben dem Anteil für normale Unterhaltungsmaßnahmen (Reparaturen) sich aus der Summe der Einzelmaßnahmen (siehe Schulgebäudeunterhaltungsprogramm) ergibt. So ist der Anstieg in 2010 dadurch zu erklären, daß in dieser Summe die Sanierung des gesamten Schulhofes Augustastraße mit 310.000 € enthalten ist. Eine Unterteilung der Sanierungsmaßnahme in zwei Bauabschnitte (und Aufteilung auf 2 Haushaltsjahre) wäre jedoch aus Kostengründen nicht sinnvoll. Wo eine abschnittsweise Durchführung solcher Maßnahmen (kostenneutral und ohne zusätzliche Erschwernisse) möglich ist, wird dies von der Verwaltung auch praktiziert.

Der Antrag der BA-Fraktion wurde im Jugendhilfeausschusses als "erledigt" betrachtet.

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
150101 Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsan 1501019010 Vorkostentr. Wirtschaftsförderungs- und Liegen Ansatz 2009: Amt: 23 Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 75										0 0 erl.						
Änderung Folgejahre																

Antrag der BA-Fraktion:

Die Angaben zum Leistungsumfang sollen wie folgt erweitert werden: "Anzahl Beratungen und fachgutachterlicher Stellungnahmen bei Existenzgründungsvorhaben; Betreute Unternehmen; Firmenbesuche bei Unternehmen (Existenzgründung/Betreuung/Krisenmanagement)". Die Vollzeitstellen sind von 1,69 in 2007 auf 2,25 in 2009 gestiegen. Diese städtischen Mitarbeiter nur 12 Existenzgründer. Die Gewerbeansiedlung in der Giesenheide wird extern betrieben. Die Stadtverwaltung soll darzulegen, warum beim Amt für Wirtschaftsförderung der Aufwand je Einwohner von 2007 auf 2009 um rd. 14% gestiegen ist: von 3,62 € in 2007 auf 4,12 € in 2009.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die genannten 2,25 Vollzeitstellen decken nicht nur die Existenzgründungsförderung, sondern den gesamten Bereich der Wirtschaftsförderung ab (siehe Produktinformation). Insofern kann man hier nicht die Zahl der Mitarbeiter in Beziehung setzen zu 12 Existenzgründern; bei letzteren handelt es sich im Übrigen nur um diejenigen Gründerinnen und Gründer, die einen städtischen Mietzuschuss erhalten. Im Rahmen der OSA (One-Stop-Agency) werden Anfangsberatungen durchgeführt und Wege innerhalb der Verwaltung aufgezeigt. Dieser Bereich ist 2008 organisatorisch neu geschaffen worden, um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsförderung zu erhöhen und die Verfahren gewerblicher Antragsteller zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die Verwaltung hatte hierüber im Wirtschaftsförderungsausschuss berichtet. Die Angaben zu den Wirtschaftsförderungsaktivitäten des vergangenen Jahres werden im jährlichen Bericht der Wirtschaftsförderung (in 2009 Anfang Mai) dargelegt. Die im Antrag angesprochenen Angaben sind nur in der Rückschau darstellbar, aus naheliegenden Gründen nicht als Planzahlen. Diese Angaben finden sich im jährlichen Wirtschaftsförderungsbericht. Der Antrag der BA-Fraktion wurde im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss erledigt.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	d U H Differenz neuer Ansatz	F D P Differenz neuer Ansatz	B A Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
030104 Gymnasium 1075100008 Schulausstattung Gymnasium 0301040010 Bereitstellung der Sachausstattung Gymnasium Ansatz 2009 30.000,00 Amt: 51 Ansatz 2010 11.200,00 Ansatz 2011 11.200,00 Ansatz 2012 11.200,00 Antrag Nr. 22		0 30.000						
	Dafür:	Dafür: erl.	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre

Erläuterung

Antrag der SPD-Fraktion:

Anbringung eines Haushaltsvermerks HV 6 für 2009. Die Verwaltung wird gebeten, eine Vorlage für den Fachausschuss zu erstellen. Nach Beratung erfolgt die Entscheidung durch den Ausschuss.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion:

Im Jahr 2009 sind 20.000 € vorgesehen, um ein Selbstlernzentrum im Helmholtz-Gymnasium einzurichten. Damit wären die im Gebäude verteilten Bibliotheksbereiche konzentriert. Das Selbstlernzentrum soll den Zugang zu den vorhandenen Büchern ermöglichen und die ebenfalls bereits existierenden Freiarbeitsmaterialien enthalten sowie Computerarbeitsplätze mit einem Zugang zum Internet umfassen. Während der Unterrichtszeit soll das Selbstlernzentrum die Möglichkeiten bieten, Unterrichtsprojekte durchzuführen. Für die Begabtenförderung ist ein solches Angebot fester Bestandteil der schulischen Konzeption. Für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe soll es die Möglichkeit bieten, in den Freistunden unterrichtsbezogen zu arbeiten und dafür auch das Internet kontrolliert zu nutzen. Die in der Jahrgangsstufe fünf schon seit Jahren bestehenden Freiarbeitsstunden (zwei pro Klasse) sollen künftig unter Einbeziehung des Selbstlernzentrums durchgeführt werden. Für den Ganztagsbetrieb ist die Einrichtung eines Selbstlernzentrums notwendiger Bestandteil des Konzeptes von Lernzeiten zur selbstständigen Erledigung der Hausaufgaben. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, ist das Selbstlernzentrum mit entsprechenden Arbeitsplätzen auszustatten. Die Aufsicht wird durch Lehrkräfte oder nichtpädagogisches Personal, ehrenamtliche Kräfte und Eltern geregelt. Es ergeben sich keine zusätzlichen finanziellen Belastungen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	d U H Differenz neuer Ansatz	F D P Differenz neuer Ansatz	B A Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
120101 Verkehrsflächen und Brücken 1086600105 Fußgängerzone - Architekturbeleuchtung 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen Ansatz 2009 25.000,00 Amt: 66 Ansatz 2010 0,00 Ansatz 2011 0,00 Ansatz 2012 0,00 Antrag Nr. 67					-25.000 0			
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür: zurück-	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen: ge-	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.: zogen	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderung

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

"Architekturbeleuchtung" in der Fußgängerzone ist ein Luxus, auf den in der aktuellen Haushalts- und Finanzlage ohne Verlust an Lebensqualität verzichtet werden könnte.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Der Betrag ist für die Änderung der Illuminierung der Evangelischen Kirche vorgesehen. Sie wird heute mit Großscheinwerfern flächig angestrahlt. Diese Art der Beleuchtung ist energietechnisch nicht optimal und visuell wird die Architektur der Kirche dabei nur unzureichend hervorgehoben.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Investitionen)

Produkt	CDU Differenz neuer Ansatz	SPD Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
DivSch	0							
Schulpaus. Verteilung Schulpauschale	997.650							
DivSch Diverse Kostenträger Schulen								
Ansatz 2009 997.650,00 Amt:								
Ansatz 2010 997.650,00	Dafür: erl.	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
Ansatz 2011 997.650,00	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
Ansatz 2012 997.650,00	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:
Antrag Nr. 24								

Änderung Folgejahre

Erläuterung

Anfrage der CDU-Fraktion:

Durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird im Jahr 2009 die Schul- und Bildungspauschale um weitere 60 Mio. € angehoben. Für Investitionen im Ganztagsbetrieb in Schulen und auch für Investitionsmaßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung stehen den Kommunen nunmehr 600 Mio. € zur Verfügung. Wie hat sich die Höhe und die Verwendung der Schul- und Bildungspauschale in den Jahren 2006 bis 2009 in Hilden entwickelt. Für welche Maßnahmen sind die Mittel der Schul- und Bildungspauschale eingesetzt worden? Welche Zuordnungen sind im Haushaltsplan vorgenommen worden?

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion:

Zunächst sollte ausgeführt werden, dass ab dem Jahre 2002 die einzelfallbezogene Förderung im Schulbereich umgestellt wurde auf eine pauschale Förderung auf der Basis der Schülerzahlen. Die Schul-/Bildungspauschale hat sich wie folgt entwickelt:

Zuweisung 2006 = 806.637 € - Zuweisung 2007 = 794.464 € - Zuweisung 2008 = 926.019 € - Zuweisung 2009 = 997.650 €

Verwendung 2006/2007

Die Schulpauschale wurde auf sehr viele Maßnahmen an verschiedenen Schulen im investiven Bereich aufgeteilt. Die Auflistung würde in dieser Übersicht den Rahmen sprengen, von daher sind hier nur einige Bereiche genannt wie: Brandschutzmaßnahmen an der Ferdinand-Lieven-Schule mit 310.992 €, Schadstoffsanierungen an verschiedenen Schulen mit 99.308 €, OGATA-Ausbau Richrather Str., Kalstert und Zur Verlach mit 132.245 €, Dachsanierung Kalstert 86 mit 171.820 €, Geräte Ausstattungsgegenstände 189.076,- € . Lernmittel mit 124.580 €, Spielgeräte auf Schulhöfen mit 50.000 €, Außenbeleuchtung HGH mit 23.000 €, Einfriedigung Ferdinand-Lieven-Schule mit 15.000 € und Außenbeleuchtung THS mit 12.000 €.

Verwendung 2008/2009

Der Gesamtbetrag wurde für die Sanierungsarbeiten des Gymnasiums eingesetzt. Weiterhin ist zu bedenken, dass die Pauschale mit den Teilbeträgen den einzelnen Investitionen als Sonderposten gegenübergestellt wurde und ertragswirksam über die Nutzungsdauer abgeschrieben wird. Neben den üblichen Abschreibungen fallen somit auch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten an.

Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag Nr. 95:

Gemäß § 23 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) werden die Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen auf der Grundlage von Kindpauschalen berechnet. Die Höhe der Kindpauschale richtet sich nach der Gruppenform und der Betreuungszeit. Diese Kindpauschalen berücksichtigen Kinderzahlen, Betreuungszeiten und Personalaufwand.

Da in der Begründung zu dem Antrag auf Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren aus bildungs-schwachen bzw. bildungsfernen Familien Bezug genommen wird, soll beispielhaft in der nachfolgenden Berechnung die Gruppenform III, städtische Trägerschaft, herangezogen werden.

Typ III (Alter 3 Jahre und älter)

Kinderzahl	Wöchtl. Betreuungszeit	Kindpauschale in Euro	Personal
20 Kinder	45 Stunden	6.873,43	49,5 FKS + 49,5 EKS

Würde eine Reduzierung der Kinder pro Gruppe auf 15 Kinder vorgenommen werden, würde der vorgegebene Berechnungsschlüssel innerhalb der Betriebskostenabrechnung um 25 % unterschritten. Das Land würde den Landeszuschuss in diesem Fall nur auf der Grundlage von 75% der entstandenen Betriebskosten bewilligen.

Berechnung A) Regelfall
B) Realisierung durch Unterbelegung

A) Regelfall:

Für den obengenannten Gruppentyp III ergeben sich auf der Basis der Kindpauschalen Betriebskosten in Höhe von 137.468,60 € (20 Kinder x 6.873,43 €)

Der städtische Anteil (Betriebskosten abzügl. Landeszuschuss abzügl. Elternbeiträge) beträgt
70.172 €

B) Realisierung durch Unterbelegung:

Da nach den Bestimmungen des KiBiz nicht zwischen dem pädagogischen und sonstigen Aufwand bei den Betriebskosten unterschieden, sondern insgesamt pro Kind eine Kindpauschale gewährt wird, hat die Unterbelegung direkt zur Folge, dass sich der Landesanteil an den Betriebskosten reduziert und sich der Trägeranteil entsprechend erhöht. Die Einnahme im Bereich Elternbeiträge bleibt unverändert, verteilt sich jedoch auf erheblich mehr Gruppen

Bei einer Reduzierung der Platzzahl von 20 auf 15 Kindern, würde sich der städtische Finanzierungsanteil pro Gruppe um 16.800 € erhöhen.

Derzeit bestehen 43 Gruppen im Typ III. Auf alle Gruppen bezogen würden demnach 722.400 € Mehrkosten entstehen. Weiterhin wären 215 Kinder in ca. 15 neu einzurichtenden Gruppen zu versorgen. Die Kosten für diese Gruppen wären mit ca. 51% über die Stadt zu finanzieren, demnach ca. 137.468 € x 15 = ca. 2.062.000 € x 51% = ca. 1.051.600 €. Hier wird unterstellt, dass der Landesanteil weiterhin 30% beträgt. Ob das Land sich jedoch an den Mehrkosten, unter Hinweis auf die gesetzliche Regelung hinsichtlich der Gruppenstärke beteiligt, ist fraglich. Weiterhin wäre diese Variante mit Neubauten verbunden, die nicht über das Land finanziert werden.

Realisieren lässt sich der Vorschlag nur, sofern sich auch die nicht städtischen Träger an der Umstrukturierung beteiligen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Träger sich nur beteiligen, wenn die Differenz zum gesetzlichen Trägeranteil im Wege eines freiwilligen Zuschusses durch die Stadt Hilden finanziert wird.

Das vorgenannte Modell hat auch gravierende Auswirkungen auf den Ausbau für Kinder unter 3 Jahren, da die Umwandlung von Plätzen erschwert wird und weitere Investitionskosten nach sich ziehen.